



Dresden.
Dresdner

Vertrag

über die Herstellung und den Vertrieb
des „Dresdner Amtsblattes“

zwischen der

Landeshauptstadt Dresden,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden,
vertreten durch den Oberbürgermeister,
Herrn Dirk Hilbert

– Auftraggeberin –

und

– Auftragnehmer –

wird folgender Vertrag geschlossen:

Präambel

Das „Dresdner Amtsblatt“ ist das Verkündungs- und Bekanntmachungsorgan der Landeshauptstadt Dresden. Damit informiert sie die Dresdnerinnen und Dresdner über öffentliche Bekanntmachungen der Landeshauptstadt Dresden laut Bekanntmachungssatzung vom 16. Juli 1998 sowie über Dienstleistungen, Angebote und die Arbeit der Stadtverwaltung. Es ist eine wichtige Informationsquelle für Ausschreibungen der Stadtverwaltung und weitere amtliche Informationen.

Die Landeshauptstadt Dresden überlässt die ausschließlichen Vermarktungsrechte für das „Dresdner Amtsblatt“ dem Auftragnehmer. Der Auftragnehmer beteiligt die Landeshauptstadt Dresden an den Vermarktungserlösen. Außerdem stellt der Auftragnehmer das „Dresdner Amtsblatt“ her und verteilt es. Die Kosten für Herstellung und Vertrieb trägt die Landeshauptstadt Dresden.

§ 1 Vertragsgegenstand

1. Die Auftraggeberin ist Herausgeberin der in der Regel wöchentlich erscheinenden Bekanntmachung „Dresdner Amtsblatt“ und der ihr verbundenen städtischen Beilagen.
2. Das „Dresdner Amtsblatt“ wird in seinem Inhalt und Layout von der Auftraggeberin vorgegeben.
3. Vertragsgegenstand sind die Herstellung, der Vertrieb und der Versand an die Abonnenten sowie die Vermarktungsrechte des gedruckten „Dresdner Amtsblattes“.
4. Die Auftraggeberin betreibt auf www.dresden.de Internetseiten, auf denen das „Dresdner Amtsblatt“ elektronisch abgerufen werden kann und redaktionelle Beiträge in identischer oder abgewandelter Form veröffentlicht werden. Die Auftraggeberin ist jedoch nicht verpflichtet, das „Dresdner Amtsblatt“ ununterbrochen und dauerhaft elektronisch verfügbar zu halten. Über die Seiten auf www.dresden.de hinaus sind keine weiteren Internetseiten zum „Dresdner Amtsblatt“ zugelassen.

§ 2 Vertragsbestandteile

1. Vertragsbestandteile sind:
 - (1) Liste der Auslagestellen (Anlage 1)
 - (2) Eckdaten des „Dresdner Amtsblattes“ und Produktionsabläufe (Anlage 2)
 - (3) Sonderausgaben und städtische Beilagen (Anlage 3)

§ 3 Leistungen der Auftraggeberin

1. Die Auftraggeberin erstellt einen Jahresplan für die Erscheinungstermine des „Dresdner Amtsblattes“, den sie dem Auftragnehmer bis zum Beginn des betreffenden Kalenderjahres zur Verfügung stellen soll. Die Erscheinungstermine sind verbindlich. Zudem erstellt die Auftraggeberin wöchentlich Redaktionspläne mit den Themen der jeweils kommenden Ausgabe.
2. Die Auftraggeberin erstellt alle Inhalte des redaktionellen und amtlichen Teils und der städtischen Beilagen des „Dresdner Amtsblattes“, außer Anzeigen. Die Auftraggeberin liefert die offenen Daten des fertig gesetzten „Dresdner Amtsblattes“ an den Auftragnehmer gemäß der Festlegungen zur Dateiformaten und Terminen in Anlage 2.

§ 4 Leistungen des Auftragnehmers

1. Der Auftragnehmer ist für Anzeigen, Herstellung und Vertrieb des „Dresdner Amtsblattes“ inklusive der städtischen Beilagen und Sonderausgaben zuständig. Für Sonderausgaben übernimmt er zusätzlich die redaktionelle Erstellung:
 - (1) Anzeigen: Der Auftragnehmer übernimmt das Anzeigenmanagement für das „Dresdner Amtsblatt“, die städtischen Beilagen und Sonderausgaben. Er akquiriert Anzeigenkunden, nimmt ihre Druckdaten entgegen und setzt diese in die von der Landeshauptstadt Dresden gelieferten Dateien.
 - (2) Herstellung: Der Auftragnehmer ist für die Herstellung des „Dresdner Amtsblattes“, der städtischen Beilagen und der Sonderausgaben entsprechend der in Anlage 2 vereinbarenden Auflagenhöhe, Format, Umfang, Farbigkeit und Papier zuständig. Der Auftragnehmer übermittelt einem noch zu bannenden Ansprechpartner der Auftraggeberin spätestens am Erscheinungstag per E-Mail oder Download eine weboptimierte, barrierefreie, aktuellen Sicherheits- und Datenschutzstandards entsprechende pdf-Datei, welche die Landeshauptstadt Dresden in ihrem Internetauftritt veröffentlicht. Die Vertragspartner streben bei entsprechendem Bedarf nach vorheriger Absprache eine Erhöhung der Auflage bis maximal 50.000 Exemplaren an.
 - (3) Vertrieb und Versand: Der Auftragnehmer ist für den Vertrieb des „Dresdner Amtsblattes“, der städtischen Beilagen und Sonderausgaben zuständig. Er sorgt dafür, dass diese am Erscheinungstag mindestens an den zur Zeit des Vertragsabschlusses zur Verfügung stehenden ca. 600 Auslagestellen ausliegen. Grundlage dafür bildet Anlage 1.

Auftragnehmer und Auftraggeberin erarbeiten gemeinsam ein Konzept, um die Auslagestellen (Anzahl der Amtsblätter, Auslagestellen, Bewerbung des Amtsblattes vor Ort, Verteilung über das Stadtgebiet) zu optimieren. Die Vertragspartner streben bei entsprechendem Bedarf nach vorheriger Absprache eine Erhöhung der Anzahl der Auslagestellen bis maximal 1.200 an.

Die Auftraggeberin ist berechtigt, die Liste der Auslagestellen (Anlage 1) einseitig zu aktualisieren oder anderweitig zu ändern. Dem Auftragnehmer sind diese Änderungen spätestens drei Arbeitstage vor dem nächsten Auslagetermin bekannt zu geben. Es besteht die Möglichkeit eines Jahresabonnements. Dazu schließen die Abonnenten gesonderte Abonnementverträge mit dem Auftragnehmer.

Der Auftragnehmer ist für den Versand des „Dresdner Amtsblattes“ an die Abonnenten

ten verpflichtet. Der Auftragnehmer kann sich die marktüblichen Kosten für die Zustellung von den Abonnenten erstatten lassen.

(4) Städtische Beilagen: Der Auftragnehmer übernimmt den Satz der städtischen Beilagen. Die redaktionellen Inhalte liefert die Landeshauptstadt Dresden.

(5) Sonderausgaben: Der Auftragnehmer erstellt alle Inhalte der Sonderausgaben, übernimmt das Anzeigenmanagement, die Herstellung und den Vertrieb.

2. Ist die Auftraggeberin aus wichtigen Gründen, insbesondere durch den krankheits- oder urlaubsbedingten Ausfall seiner für das „Dresdner Amtsblatt“ zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nicht in der Lage, die offenen Daten des fertig gesetzten „Dresdner Amtsblattes“ an den Auftragnehmer zu liefern, übernimmt der Auftragnehmer den Satz und das Layout des „Dresdner Amtsblattes“. In diesen Fall werden alle Inhalte in Form vom Textdatei sowie Bild- und pdf-Dateien übergeben. Für sechs Ausgaben des „Dresdner Amtsblattes“ im Jahr übernimmt der Auftragnehmer diese Aufgaben für die Auftraggeberin kostenfrei. Die Übernahme von Satzleistungen für weitere Ausgaben durch den Auftragnehmer ist kostenpflichtig und wird in Höhe von _____ Euro pro Ausgabe vergütet.
3. Der Auftragnehmer unterstützt die Landeshauptstadt Dresden bei der Weiterentwicklung des „Dresdner Amtsblattes“, damit es auch zukünftig ein attraktiver Werbeträger und leistungsstarker Kommunikationskanal für die Themen der Stadtverwaltung bleibt. Dazu werden folgende Maßnahmen vereinbart:

4. Der Auftragnehmer kann sich zur Erbringung seiner Leistungen der Hilfe Dritter bedienen. Der Auftraggeberin sind die Unterauftragnehmer sowie der Umfang der übertragenen Leistungen schriftlich mitzuteilen. Handelt es sich um wesentliche Vertragspflichten, muss die Auftraggeberin zustimmen. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass auch Unterauftragnehmer die vertraglichen Pflichten ebenso wie der Auftragnehmer erfüllt und insbesondere die datenschutzrechtlichen Bestimmungen der Landeshauptstadt Dresden einhält.

§ 5 Ausführung der Leistung, Fertigungskontrolle und Gewährleistung

1. Die genaue Beschreibung, wie die Leistung im Einzelnen auszuführen ist – insbesondere Umfang, Auflage, Vertrieb, technische Bedingungen und Prozesse – ist der Anlage 2 zu entnehmen.
2. Die Auftraggeberin ist berechtigt, sich durch seine Beauftragten von der vertragsgemäßen Ausführung der Leistungen im Betrieb des Auftragnehmers zu unterrichten. Soweit der Auftragnehmer sich zur Erfüllung seiner Leistungen der Hilfe Dritter bedient, verpflichtet sich der Auftragnehmer zum Abschluss von Vereinbarungen mit diesen, die gewährleisten, dass die Auftraggeberin sich auch bei dem Dritten über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung unterrichten kann.
3. Hat der Auftragnehmer Kenntnis von Problemen, die zu mangelhafter Herstellung des Dres-

dner Amtsblattes führen könnten bzw. treten im Rahmen des Herstellungs- oder Vertriebsprozesses Sach- oder Rechtsmängel auf, erfolgt eine sofortige Information an die Auftraggeberin. Die Auftraggeberin entscheidet in Abstimmung mit dem Auftragnehmer, wie im Einzelfall zu verfahren ist, wenn die Nacherfüllung zu zeitlichen Verzögerungen führen würde, die die Herausgabe an den verbindlichen Erscheinungstermine gefährden würde. Hier ist zu berücksichtigen, dass das „Dresdner Amtsblatt“ ein amtliches Bekanntmachungsorgan darstellt und fehlerhafte öffentliche Bekanntmachungen erhebliche rechtliche Auswirkungen bzw. Probleme nach sich ziehen können.

§ 6 Vermarktungsrechte

1. Die Auftraggeberin überlässt dem Auftragnehmer das exklusive, zeitlich begrenzte Recht, Werbeanzeigen im redaktionellen und amtlichen Teil des „Dresdner Amtsblatts“ und in städtischen Beilagen und Sonderausgaben zu verkaufen und damit Einnahmen zu erzielen.
2. Bei der Vergabe von Werbeanzeigen ist der allgemeine Gleichheitsgrundsatz ist zu beachten.
3. Die Auftraggeberin ist an den Vermarktungserlösen gemäß § 7 Nummer 5. zu beteiligen. Der Auftragnehmer erhält die vollständigen Erlöse aus dem Anzeigenverkauf für Sonderausgaben.
4. Der Auftragnehmer stellt der Auftraggeberin aktuelle Mediadaten und eine Preisliste für die buchbaren Anzeigenplätze zur Verfügung.
5. Die Werbeanzeigen dürfen im Charakter, Inhalt und Platzierung den Interessen der Auftraggeberin und dem amtlichen städtischen Charakter eines Amtsblattes nicht widersprechen. Ausgeschlossen sind zum Beispiel politische Werbung jeglicher Art, Werbung für sexuelle Dienstleistungen oder Partnervermittlungen, für Alkohol und andere Suchmittel und für Glücksspiel. Der allgemeine Gleichheitsgrundsatz ist zu beachten. Der Auftragnehmer stellt der Auftraggeberin für jede Ausgabe eine Übersicht der geplanten Anzeigen zur Verfügung. In Zweifelsfällen entscheidet die Auftraggeberin, ob eine Werbeanzeige seinen Interessen widerspricht.
6. Werbung kann auch in Form von losen Werbeeinlagen ins „Dresdner Amtsblatt“ eingelegt werden. Für sie gilt ebenfalls § 6 Nummer 3. des Vertrages. Diese dürfen den Seitenumfang des „Dresdner Amtsblattes“ nicht übersteigen.
7. Der Auftragnehmer kann in Abstimmung mit der Auftraggeberin regelmäßige thematische Rubriken als Veröffentlichungen in eigener Herausgeberschaft realisieren, welche vom Auftragnehmer redaktionell betreut werden. Diese sind klar als Veröffentlichungen des Auftragnehmers in Abgrenzung zu Veröffentlichungen der Landeshauptstadt Dresden zu kennzeichnen.
8. Der Anteil der Anzeigen (ohne Werbeeinlagen und Verlagsveröffentlichungen) darf im Jahresdurchschnitt 40 Prozent des Nettoinhalts (Inhalte des Amtsblattes ohne Werbung), aber für die Einzelausgabe 50 Prozent, nicht überschreiten. Auf der Titelseite des Amtsblattes und der städtischen Beilagen dürfen keine Anzeigen erscheinen. Besondere Platzierungswünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt, die Entscheidung liegt jedoch bei der Auftraggeberin.
9. Das Werberecht auf den Anzeigenflächen in den Internetseiten zum „Dresdner Amtsblatt“ unter www.dresden.de/amtsblatt ist ausgeschlossen, eine Kooperation zwischen dem Vermarkter von www.dresden.de und dem Auftragnehmer aber erwünscht. Die PDF Datei

mit den Anzeigen aus dem gedruckten Amtsblatt wird von der Landeshauptstadt Dresden auf www.dresden.de/amtsblatt veröffentlicht.

§ 7 Finanzierung

1. Für die Bürgerinnen und Bürger ist das „Dresdner Amtsblatt“ kostenfrei.
2. Für den Versand kann sich der Auftragnehmer die marktüblichen Kosten für die Zustellung vom Abonnenten erstatten lassen.
3. Die Auftraggeberin trägt die vom Auftragnehmer veranschlagten Kosten für die Herstellung und den Vertrieb des „Dresdner Amtsblattes“ im Sinne eines Festpreises in Höhe von _____ Euro netto zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer pro Abrechnungsjahr. Zu Informationszwecken legt der Auftragnehmer der Auftraggeberin quartalsweise diese Aufwendungen in Form einer Abrechnung dar, aus der hervorgeht, welche Kosten für Herstellung und Vertrieb des „Dresdner Amtsblattes“ beim Auftragnehmer und von ihm beauftragten Dritten entstanden sind. Die Zahlung erfolgt quartalsweise nach Rechnungslegung des Auftragnehmers mit einer Zahlungsfrist von 14 Tagen. Damit sind sämtliche Ansprüche des Auftragnehmers gegenüber der Auftraggeberin abgegolten. Eine Nachfinanzierung durch die Landeshauptstadt Dresden ist nicht vorgesehen. Weicht die Auflagenzahl um mehr als 7,5 v. H. von der vereinbarten Menge ab, so ist auf Verlangen ein neuer Preis zu vereinbaren. Dies gilt auch bei einer Abweichung der Anzahl der Auslagestellen um mehr als 7,5 v. H.
4. Die Auftraggeberin zahlt dem Auftragnehmer für den nach § 4 Nummer 2. übernommenen Satz des „Dresdner Amtsblattes“ _____ Euro netto zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer pro Ausgabe. Hierfür ist jeweils eine gesonderte Rechnung vom Auftragnehmer zu stellen.
5. Der Auftragnehmer beteiligt die Auftraggeberin an den Anzeigerlösen mit der Garantiesumme in Höhe von _____ netto pro Abrechnungsjahr. Übersteigen die Anzeigerlöse diese Garantiesumme in einem Abrechnungsjahr, so stehen der Auftraggeberin für dieses Abrechnungsjahr zusätzlich _____ Prozent der über diese Garantiesumme hinausgehenden Anzeigerlöse zu (Überschussbeteiligung).
6. Die Garantiesumme wird quartalsweise bis zum _____ abgerechnet. Dazu legt der Auftragnehmer der Auftraggeberin quartalsweise Einzelnachweise über die jeweils erzielten Vermarktungseinnahmen vor. Die Nachweise erhalten zudem die Gesamtsumme der im jeweiligen Abrechnungsjahr bereits erzielten Einnahmen. Auf Wunsch erhält die Auftraggeberin eine Kopie der Rechnungen des Auftragnehmers gegenüber den werbetreibenden Unternehmen bzw. Mediaagenturen. Die Zahlung erfolgt nach Bestätigung der Abrechnung durch die Auftraggeberin mit einer Zahlungsfrist von 14 Tagen.
7. Die Überschussbeteiligung wird jährlich bis zum _____ abgerechnet. Dazu legt der Auftragnehmer der Auftraggeberin eine Übersicht über alle im Abrechnungsjahr erzielten Anzeigerlöse und die Berechnung der Höhe der Überschussbeteiligung gemäß § 7 Nummer 5. vor. Die Zahlung erfolgt nach Bestätigung der Abrechnung durch die Auftraggeberin mit einer Zahlungsfrist von 14 Tagen.
8. Der Abrechnungszeitraum (Abrechnungsjahr) ist das Vertragsjahr.
9. Der Auftragnehmer wird seine Haftung ausreichend versichern. Insbesondere soll auch aus

Schadensersatzansprüchen Dritter keine Kostentragung auf die Auftraggeberin abgeleitet werden können.

10. Der Auftragnehmer trägt das wirtschaftliche Risiko.

§ 8 Städtische Beilagen und Sonderausgaben

1. Um die Attraktivität für die Anzeigenakquise zu erhöhen, ist neben dem „Dresdner Amtsblatt“ ein Zusatzpaket von Veröffentlichungen vereinbart, dass der Auftragnehmer für die Auftraggeberin kostenlos herstellt, vertreibt und vermarktet. Das sind Sonderausgaben und städtische Beilagen.
 - a. Städtische Beilagen sind dem „Dresdner Amtsblatt“ verbundene Publikationen zu verschiedenen Themen der Stadtverwaltung (siehe Anlage 3). Kriterien für die Entscheidung über die Herstellung einer städtischen Beilage sind Relevanz für die Anzeigenakquisition, Relevanz für die Arbeit der Stadtverwaltung sowie das Redaktionspotenzial. Die Redaktion der städtischen Beilagen geschieht bei der Auftraggeberin. Über das Erscheinen der städtischen Beilagen entscheidet die Auftraggeberin.
 - b. Sonderausgaben sind eigenständige Printpublikationen, die vom Auftragnehmer unter eigener redaktioneller Federführung zu besonderen Themen und Anlässen herausgegeben und dem „Dresdner Amtsblatt“ beigelegt werden können. Im Einzelnen sind das die in Anlage 3 beschriebenen.

Zu beachten ist insbesondere, dass die Sonderausgabe „Striezelmarktzeitung“ an alle Dresdner Haushalte und als Beilage zum Amtsblatt verteilt werden muss und zusätzliche Exemplare auf den Striezelmarkt geliefert werden. Für den Fall der mangelhaften oder unterbliebenen Verteilung schuldet der Auftragnehmer der Auftraggeberin eine Vertragsstrafe in Höhe von 5 Euro je reklamiertem Exemplar.

Alle Sonderausgaben sind in Gestaltung und Bezeichnung so anzufertigen, dass sich diese erkennbar von den Ausgaben des „Dresdner Amtsblattes“ unterscheiden. Die Wort-/Bildmarke „Dresdner Amtsblatt“ darf nicht genutzt werden. Über die Inanspruchnahme der Fertigung dieser für die Bürgerinnen und Bürger kostenlosen Publikationen entscheidet der Auftragnehmer. Nimmt der Auftragnehmer von bestimmten Bestandteilen des Paketes Abstand, hat die Auftraggeberin das Recht, diese anderweitig zu publizieren.
2. Die Auftraggeberin verpflichtet sich, dem Auftragnehmer die für Anzeigen relevanten Informationen mitzuteilen.
3. Die Auftraggeberin erhält für alle städtischen Beilagen und Sonderausgaben das Recht zur Veröffentlichung derselben als pdf-Datei unter www.dresden.de. Hinsichtlich der konkreten Bedingungen wird auf § 4 Nummer 1. Absatz 2 verwiesen.

§ 9 Vertragslaufzeit und Kündigung

1. Der Vertrag beginnt am 1. Juli 2017 und endet am 30. Juni 2020. Die Auftraggeberin hat die einseitige Option, den Vertrag neun Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit schriftlich per Einschreiben mit Rückschein um ein Jahr zu verlängern. Er endet spätestens am 30. Juni 2021.

2. Der Vertrag kann fristlos bei Vorliegen eines wichtigen Grundes vorzeitig gekündigt werden (außerordentliche Kündigung). Dies gilt insbesondere bei schweren Herstellungsmängeln oder bei Überschreitung der Lieferfrist, soweit dies vom Auftragnehmer oder einem seiner Erfüllungsgehilfen und insbesondere Unterauftragnehmer zu vertreten ist, sowie bei Eröffnung oder Anmeldung eines Insolvenz- oder vergleichbaren Verfahrens über das Vermögen des Auftragnehmers.
3. Die außerordentliche Kündigung muss schriftlich per Einschreiben mit Rückschein erfolgen.
4. Stellt die Auftraggeberin das „Dresdner Amtsblatt“ ein, so endet der Vertrag vorzeitig, ohne dass dem Auftragnehmer hieraus Ansprüche gegenüber der Auftraggeberin entstehen.

§ 10 Haftung

1. Die Haftung richtet sich grundsätzlich nach den gesetzlichen Bestimmungen.
2. Im Innenverhältnis stellen sich die Parteien von Haftungen gegenüber Dritten frei, sofern der von dem Dritten erhobene Anspruch auf das ausschließliche Verschulden einer Partei zurückzuführen ist.

§ 11 Urheberrecht/Rechte Dritter

1. Soweit die Vertragsparteien im Rahmen ihrer vertraglichen Tätigkeit schöpferische Leistungen erbringen sollten, die urheberrechtlich geschützt sind, gelten die Nutzungsrechte daran jeweils in dem Umfang eingeräumt, der für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen erforderlich ist.
2. Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass die im Rahmen dieses Vertrages erbrachten Leistungsergebnisse frei von Schutzrechten Dritter sind und auch sonst keine Rechte bestehen, die nach seiner Kenntnis die nach diesem Vertrag beabsichtigte Verwendung einschränken oder ausschließen. Dies stellt der Auftragnehmer insbesondere auch durch entsprechende Vereinbarungen mit seinen Arbeitnehmern, Unterauftragnehmern sowie Anzeigenkunden und sonstigen Vertragspartnern sicher.
3. Der Auftragnehmer stellt die Auftraggeberin von allen Ansprüchen frei, die von Dritten gegen die Auftraggeberin wegen der Verletzung von Schutzrechten geltend gemacht werden, soweit sich dies auf die vom Auftragnehmer erbrachten Leistungen bezieht. Die Auftraggeberin stellt den Auftragnehmer von allen Ansprüchen frei, die von Dritten gegen den Auftragnehmer wegen der Verletzung von Schutzrechten geltend gemacht werden, soweit sich dies auf die von der Auftraggeberin erbrachten Leistungen bezieht.

§ 12 Datenschutz

1. Die Vertragsparteien verpflichten sich, die geltenden Datenschutzbestimmungen einzuhalten.

§ 13 Gerichtsstand

1. Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder in Verbindung mit dem Vertrag ist Dresden. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

§ 14 Sonstige Vereinbarungen

1. Dieser Vertrag enthält sämtliche Vereinbarungen zwischen den Parteien. Nebenabreden bestehen nicht.
2. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.
3. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hierdurch nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen Bestimmung tritt eine Ersatzregelung, die dem mit der unwirksamen Bestimmung angestrebten Zweck am Nächsten kommt.

Dresden, _____

Dresden, _____

Dirk Hilbert
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt Dresden

